

Aushandlungsprozesse innerhalb der Redaktionen verdeutlichen aber auch, dass mit dieser Vielfalt an Produzenten unterschiedliche Motive und persönliche Befindlichkeiten in den Mediendiskurs eintreten, der zu einer Relativierung der eigentlich starken Regionalexpertise führen kann.

Bei den Aussagen der Korrespondenten wiederum zeigt sich ein hohes Maß an Frustration über die eingeschränkten Arbeitsbedingungen in China und die ihrer Ansicht nach ungerechtfertigte Kritik an ihrer Berichterstattung von chinesischer Seite. Der problematische Zugang zu Quellen gerade im Hinblick auf heikle und konflikträchtige Themen erschwere die Akkuratheit der Berichterstattung enorm, was bei der Tibet-Berichterstattung gezeigt hat, dass sich auch bei den Korrespondenten **stereotype Vorstellungen** über chinesische Handlungen in den Beiträgen niederschlagen können und einem möglichen eigenen Bias gegenüber der chinesischen Führung Raum gegeben wird.

Die Aussagen erlauben den Schluss, dass einerseits die individuellen Zugänge zu und Images von China in den Redaktionen noch stärker reflektiert und hinterfragt und auf eine durchgängig mit Regionalexpertise gepaarte Perspektivenvielfalt geachtet werden sollte, andererseits aber auch die chinesische Seite gefordert ist, dem in großem Umfang vorhandenen Interesse deutscher Journalisten an China auch entsprechenden Raum zu geben, indem die Möglichkeiten für Recherchen verbessert und Zugänge zu Quellen erleichtert werden.

KAI HAFEZ

Das Chinabild deutscher Medien aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive

Carola Richter und Sebastian Gebauer haben für die Universitäten Erfurt und Duisburg und im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung das Chinabild deutscher Massenmedien erforscht. Die Studie bietet neben der bislang wohl umfangreichsten Inhaltsanalyse von Printmedien und Fernsehen auch weitgehende Einblicke in die journalistische Praxis, die durch vertiefende Interviews mit Redakteuren und Korrespondenten gewonnen wurden. Das Forschungsprojekt hat sich in Theorie und Methode eng an die in der Vergangenheit geleistete Forschung dieses Autors zum Nahost- und Islambild deutscher Medien angelehnt,¹ sie ist aber dennoch eine eigenständige Leistung von Richter und Gebauer. Der nun folgende Beitrag versteht sich als ergänzende Kommentierung, die der Frage nachgeht, wie das Chinabild deutscher Massenmedien aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zu bewerten ist.

Besonderer Nachdruck wird dabei auf die Schärfung medientheoretischer Erkenntnisse gelegt, die sich aus der Sicht des Autors bei der Lektüre des umfangreichen empirischen Belegmaterials der Studie ergeben. In Anlehnung an den Aufbau der Studie wird die folgende Darstellung in drei Teile gegliedert werden. Zunächst sollen die thematischen Präferenzen diskutiert werden, die die Studie mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse ermitteln konnte. Nach diesem eher grob orientierten Einstieg in eine Debatte über die gesamte Beachtungsökonomie der Berichterstattung folgt im zweiten Teil eine vertiefende Erörterung der umfang- und materialreichen thematischen Tiefschnitte zu den unterschiedlichen Themen, wobei es darum gehen wird, nach dem «Was» nunmehr das «Wie» der Berichterstattung einer näheren Reflexion zu unterziehen. Den Abschluss des Kommentars bildet eine Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen des zuvor diskutierten Chinabildes, wie sie sich gemäß Richter und Gebauer durch die Interviews mit Journalisten ermitteln ließen.

Der Autor hegt die Hoffnung, dass mit der vorgelegten Studie sowie den Kommentierungen aus kommunikationswissenschaftlicher sowie aus politikwissenschaftlicher (vgl. Beitrag von Thomas Heberer) Sicht ein differenziertes

1 Hafez 2002a und 2002b.

Verständnis der Leistung und Defizite der deutschen China-Berichterstattung geschaffen werden kann. Das Forschungsprojekt bettet sich in ein dynamisches Forschungsfeld ein. In jüngeren Jahren sind immer mehr Publikationen über das Chinabild westlicher Massenmedien entstanden, die allerdings mit sehr unterschiedlichen Theorien und Methoden operieren. Miriam Meckel beispielsweise kommt in ihrer Analyse der China-Berichterstattung des deutschen Fernsehens im Jahr 1999 zu der Erkenntnis, dass technische und logistische Rahmenbedingungen der Auslandsberichterstattung sowie die historische und interkulturelle Komplexität des Gegenstandes dazu führten, dass öffentlich-rechtliche und private Fernsehanstalten China lediglich als «Inszenierung von Aktualität» und wenig hintergründig vertieft wahrnehmen würden.² Gerald C. Stone und Zhiwen Xiao kommen fast zehn Jahre später bei ihrer Untersuchung der amerikanischen China-Berichterstattung zu dem Ergebnis, dass sich sowohl die Themenauswahl als auch die Art der inhaltlichen Gestaltung der Berichterstattung über China im Laufe der Jahre deutlich zum Negativen gewandelt haben.³ Die im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung geleistete Studie möchte entsprechenden Trends für die deutschen Medien nachgehen, ohne sich dabei vorschnell festzulegen und mögliche Differenzierungen des Chinabildes, sollten sie vorhanden sein, außer Acht zu lassen.

1 Quantitative Themenanalyse

Welche Themen wurden bei der China-Berichterstattung von der deutschen Presse bearbeitet? In der Kommunikationswissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis durchgesetzt, dass Massenmedien weniger durch die inhaltlichen Tendenzen ihrer Artikel und Beiträge Meinungen beeinflussen können, dass ihre Berichterstattung aber in hohem Maße darüber entscheidet, *worüber* Menschen nachdenken. Ausgehend von dieser Prämisse kann die Themenauswahl der China-Berichterstattung als in hohem Maße bildprägend gelten. Die Struktur der thematischen Beachtung beeinflusst die Beachtungs- oder auch Aufmerksamkeitsökonomie der Rezipienten ebenso wie thematische Auslassungen und das Nichtberücksichtigen von Themen. Was nicht von den Medien beachtet wird, kann auch von den meisten Mediennutzern, sofern sie nicht über einen privilegierten Zugang zu Wissen über China verfügen, nicht bedacht und berücksichtigt werden. Ein Nachdenken über den Themenhaushalt der China-Berichterstattung ist also letztendlich eine Reflexion über die Sinnhaftigkeit der aktuellen medialen Wahrnehmungsstruktur. Welche Ereignisformen und Sachzusammenhänge werden stärker beachtet, welche sind für den Journalismus weniger attraktiv oder werden sogar gänzlich ignoriert?

Es liegt in der Natur der Sache, dass es keinen absoluten Beurteilungsmaßstab und damit auch kein letzliches Qualitätskriterium für die Frage gibt, was

² Meckel 1999.

³ Stone/Xiao 2007.

eine «objektive» Medienagenda eigentlich ist. Medienbilder sind keine einfachen Abbildungen der Realität, sondern sie werden von Menschen konstruiert, «Verzerrungen» sind damit der Regelfall und nicht die Ausnahme. Dennoch lassen sich relative Kriterien bilden, die eine Diskussion und Auseinandersetzung über die Qualität von Themenhaushalten ermöglichen. Kommunikationswissenschaftler fragen z.B., wo eine bestimmte Bildkultur von anderen Bildkulturen, also der Berichterstattung über andere Länder und Regionen, markant abweicht. Man kann untersuchen, ob bestimmte Grundtatbestände des menschlichen Lebens, also etwa das Vorhandensein von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensrealitäten, in den Medien widergespiegelt werden, oder ob sich eklatante Schiefslagen ergeben, die sich, wenn überhaupt, nur mit einem spezifischen journalistischen Rollenbild begründen ließen. Man kann schließlich überlegen, ob eine thematische Agenda eher positiv, neutral oder negativ geprägt ist, was bedeutet, dass man bestimmte Themenbereiche allgemeinen und gesellschaftlichen Wertentscheidungen zuordnet. Die Berichterstattung über ein Land, sofern sie überwiegend von Kriegs- und Terrorismusberichten geprägt ist, wäre in diesem Sinne negativer ausgerichtet als andere Medienagenden.

Die Kommunikationswissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allen Dingen die Frage gestellt, welche Nachrichtenfaktoren die thematische Selektivität von Medienberichterstattung steuern, und diese Diskussion hat viele der gerade genannten Erwägungen gebündelt und ist weit darüber hinausgegangen. In der Auslandsberichterstattung hat sich erwiesen, dass insbesondere Faktoren wie gesellschaftliche Relevanz, politische und ökonomische Zentralität eines Landes im Weltsystem, aber auch der Faktor Konflikt und Gewalt sowie kulturelle Nähe, aber auch besondere kulturelle Ferne (Exotismus) einflussreiche Faktoren sind, die die Themenstruktur der Auslandsberichterstattung steuern. Je mehr dieser Faktoren zusammentreffen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Thema vom Journalismus als attraktiv und berichtenswert eingeordnet wird. Für die Beurteilung dieser Mechanismen gibt es, wie gesagt, letztendlich keinen absoluten Qualitätsmaßstab, aber es gibt sowohl innerhalb des Journalismus als auch zwischen Journalisten und Wissenschaftlern immer wieder Diskussionen über die Sinnhaftigkeit bestimmter Selektionsvorgänge. Die Qualitätsdebatte im Journalismus sollte nicht auf philosophischer Höhe im Sinne eines Widerspruchs zwischen Wahrheit und Verzerrung geführt werden, sondern sie sollte als legitime Form des Meinungsstreits zwischen Menschen mit unterschiedlichen thematischen Präferenzen und Realitätsentwürfen betrachtet werden.⁴

Globale Sachgebietsanalyse

Die Streuung der Sachgebiete, denen sich die Themen der China-Berichterstattung zuordnen lassen, ist relativ ungewöhnlich. Auf der einen Seite dominiert,

⁴ Vgl. den Rekonstruktions-Dekonstruktions-Ansatz in Hafez 2002a: 15–23.

wie traditionell in der Auslandsberichterstattung, vor allen Dingen das Ressort Politik, Innenpolitik wie auch internationale Politik, wobei in diesem Segment auch der Tibet-Konflikt eingegangen ist, der im Jahr 2008 sehr starke Beachtung gefunden hat. Ebenfalls zu den Klassikern der Beachtungsökonomie von Auslandsberichterstattung gehört die Berichterstattung über Naturkatastrophen, die auch im Fall Chinas eine signifikante Größe erreicht. Die sehr geringe Beachtung sozialer Fragen (1,8%) sowie wissenschaftlicher Entwicklungen (1,0%) ist ebenfalls vergleichbar mit vielen anderen Werten, die Untersuchungen von Auslandsberichterstattung ergeben haben.

Ungewöhnlich allerdings ist das relativ große Gewicht, das die Sachgebiete Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit sowie Kultur und Gesellschaft erfahren. Es lässt sich ohne Weiteres erkennen, dass die stärkere Beachtung Chinas ein *umfassendes* Bildinteresse auf Seiten der Medien aktiviert hat. Man muss sicher berücksichtigen, dass das Jahr 2008 durch die Olympischen Spiele und die Tibet-Unruhen in vielerlei Hinsicht ein ungewöhnliches Jahr war und dass sich die China-Berichterstattung in anderen Jahren anders gestaltet. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass sich das Gepräge der Sachgebietsverteilung in anderen Jahren völlig verändert.

Wer bisher geglaubt hat, dass Kultur in der Auslandsberichterstattung über Asien, Afrika und Lateinamerika ein Nebenschauplatz ist, der wird im Fall Chinas durchaus eines Besseren belehrt, denn hier ist die Beachtung kultureller Prozesse relativ hoch. Und wer bisher geglaubt hat, dass die wirtschaftliche Zentralität eines Landes nicht unbedingt ein starker Faktor für eine Größe in der Medienberichterstattung ist (Beispiel Japan), der wird im Fall Chinas erkennen müssen, dass die chinesische Wirtschaft für die deutschen Medien ein hochattraktives Thema zu sein scheint.

Thematische Einzelanalyse

Nur durch die nähere Analyse des thematischen Aufbaus der einzelnen Sachgebiete lassen sich Rückschlüsse darüber anstellen, warum bestimmte Bereiche stärker beachtet werden als andere.

Die starke Stellung des Bereichs *Innenpolitik* speist sich vor allen Dingen aus zahlreichen Berichten über den Tibet-Konflikt sowie über zivilgesellschaftliche Fragen wie Menschenrecht etc. Die Analyse des chinesischen politischen Systems hingegen erweist sich als von untergeordneter Bedeutung für die deutsche Medienlandschaft. Zwei Beobachtungen sind aus meiner Sicht hier bedeutsam:

Erstens: Für das politische Interesse ist der Nachrichtenfaktor Konflikt/Gewalt von erheblicher Bedeutung. Es darf als gewiss gelten, dass die tibetischen Aufständischen diese Neigung westlicher Medien kannten und daher den Zeitpunkt ihres Aufstandes einige Monate vor den Olympischen Spielen bewusst gewählt haben, um internationale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Gewalt und Gegengewalt erweisen sich also im Chinabild, wie andernorts auch, als

aufmerksamkeitssteigerndes «außergewöhnliches Verhalten» (Wolfsfeld)⁵, das die Chance erhöht, beachtet zu werden. Das Zusammenspiel eines Weltereignisses ersten Ranges wie Olympia mit politischen Unruhen in Tibet erzeugte für die deutschen Medien eine unwiderstehliche Mischung. Die Frage ist allerdings, ob sich hieraus ein dauerhaft gesteigertes Interesse an der Tibet-Frage ableiten lässt. Möglicherweise war die Aufmerksamkeit für Tibet lediglich von der Olympiabeachtung «geliehene Aufmerksamkeit». Allerdings ist durchaus denkbar, dass solche historischen Markierungen Nachrichtenfaktoren der Medien auch dauerhaft verschieben können. Die grundsätzlichere Frage allerdings stellt sich, ob es ratsam ist, dass Medien Konflikte erst dann nachhaltig beachten, wenn sie gewaltsam ausufern. Eine gewaltlose Opposition würde demnach mit geringerer Beachtung bestraft, die bevorzugte Beachtung von Gewalt hingegen ist ein negativer Faktor für Nationenbilder.

Zweitens: Ein weiterer Aspekt, der die Nachrichtengebung über den Tibet-Konflikt beeinflusst haben dürfte, ist der Faktor Prominenz (Dalai Lama). Ist Aufmerksamkeit in deutschen Medien davon abhängig, dass eine prominente Figur wie der Dalai Lama zur Verfügung steht, die man dem Medienkonsumenten präsentieren kann? Was ist mit den Uiguren, die ähnliche Probleme haben, aber keine im Westen so prominente Führungsfigur? Auch der Uiguren-Konflikt wurde im folgenden Jahr 2009 von den deutschen Medien relativ stark beachtet, aber sicherlich nicht im selben Maße wie der Tibet-Konflikt. Spielt hier möglicherweise sogar der Aspekt – ein weiterer Nachrichtenfaktor – einer gefühlten größeren kulturellen Nähe zum buddhistisch geprägten Tibet im Vergleich zum islamisch geprägten uigurischen Raum eine Rolle?

Neben der starken Beachtung des Tibet-Konflikts ist im Bereich der Innenpolitik Folgendes bemerkenswert: Für das politische Interesse deutscher Medien ist die zivilgesellschaftliche Perspektive wichtiger als die politische Systemanalyse. Deutsche Medien scheinen sich relativ wenig für ein näheres Verständnis des politischen Systems in China zu interessieren, obwohl sich dieses in den letzten Jahrzehnten doch sehr stark gewandelt hat. Zwar gilt China immer noch als harter autoritärer Staat, aber die ideologische Ausrichtung des Parteiapparates hat sich in vielen Bereichen gravierend geändert. Der frühere Parteivorsitzende Mao, von dem in den deutschen Medien noch immer viel die Rede ist, spielt im chinesischen politischen Diskurs kaum noch eine Rolle. In der Politikwissenschaft wendet man sich in den letzten Jahren langsam stärker einer intensivierte Autoritarismus-Analyse zu, die auch hier von der zivilgesellschaftlichen Betrachtungsweise politischer Prozesse einige Jahrzehnte lang geradezu verdrängt worden ist.⁶ Nicht so in den Medien? Natürlich ist es richtig, dass die Massenmedien keine Abspielstätte für autoritäre Rituale wie Staatsbesuch und Parteitage sein können. Aber ist der weitgehende Verzicht auf eine Analyse des

⁵ Wolfsfeld 1997.

⁶ Hafez 2009: 161ff.

politischen Systems die korrekte Antwort auf die staatsorientierten Medienprotokolle früherer Jahrzehnte?

Positiv zu bewerten ist natürlich die starke Abbildung der Zivilgesellschaft in den deutschen Medien. Auslandsberichterstattung ist heute auch beim Thema China mehr als eine reine Berichterstattung über politische Eliten. Aus meiner Sicht ist diskutabel, ob die China-Berichterstattung bereits die richtige Mischung aus einer kritischen Beobachtung des politischen Systems und der Zivilgesellschaft in China gefunden hat. Die Vorstellung von einem autoritären politischen System, dessen Monolithismus man voraussetzen kann, führt in die Irre. Auch für die Einschätzung der Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft scheint es mir wichtig, deren Verhältnis zum chinesischen Staat sinnvoll einzuordnen. In diesem Zusammenhang weisen z.B. verschiedene NGOs darauf hin, dass es neben eklatanten Problemen mit Peking vor allen Dingen in der Lokalpolitik auch zu engen Kooperationen mit staatlichen Organen kommen kann; Kooperationen, von denen westliche Nichtregierungsorganisationen nur träumen könnten.⁷

Die Berichterstattung über *internationale Politik* zeichnet sich dadurch aus, dass hier in hohem Maße zwei Bereiche dominieren, zum einen die Berichterstattung über die deutschen Beziehungen zu China und zum anderen die Berichterstattung über Süd-Süd-Beziehungen. Die Berichterstattung der chinesisch-europäischen Beziehungen bzw. chinesisch-amerikanischen Beziehungen fällt demgegenüber relativ geringfügig aus. Der starke Fokus einer Beachtung der Beziehungen, die China zu den Staaten der südlichen Hemisphäre bzw. zu Entwicklungs- und Schwellenländern pflegt, ist außergewöhnlich in der deutschen Auslandsberichterstattung, die sich sonst häufig wenig um diese Fragen gekümmert hat. Begrüßenswert ist, dass China nicht mehr nur in Relationen zum Westen gesehen wird, sondern als Weltmacht *sui generis*.

Allerdings muss man dieses Lob mit zwei gravierenden Einschränkungen versehen. In den Süd-Süd-Beziehungen setzt die Berichterstattung stark auf Chinas Verhältnis zu sogenannten Schurkenstaaten (mehr Sudan als Vietnam etc.), was anzeigt, dass nicht zuletzt der Ressourcenwettbewerb zwischen den westlichen Staaten und China und deren außenpolitische Konkurrenz bildprägend sind. Weiter gedacht bedeutet dies allerdings, dass das Interesse für China nicht unbedingt ein Interesse an China und vielmehr ein Interesse an Chinas Rolle für die westliche Welt ist.

Wenn dies allerdings das treibende Motiv ist, so wundert man sich, warum die Beziehungen Chinas zu den USA und zur europäischen Union vergleichsweise wenig thematisiert werden. Dies liegt aus meiner Sicht nicht nur an der fehlenden Kohärenz der EU-Außenpolitik, die man ja durch eine stärkere Beachtung bilateraler Beziehungen zwischen einzelnen großen Westmächten und China ersetzen könnte. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Agenda der deutsch-chinesischen Beziehungen, wie sie sich in den Medien darstellt,

7 Dinges 2008.

einmal näher, so erkennt man schnell, dass die deutsch-chinesischen Beziehungen vor allen Dingen deswegen im Jahr 2008 stark beachtet wurden, weil dieser Sektor durch politische Skandale (Dalai Lama-Besuch und *Deutsche-Welle*-Kontroverse) aufgewertet wurde. Für die deutsch-chinesische Tagespolitik gilt, was sich auch für die meisten anderen Felder der Außenpolitik sagen lässt: Der größte Teil der deutschen Außenpolitik wird von den Medien gar nicht beachtet, er kommt in den Medien nicht vor. Beachtung finden eher krisenhafte Ausnahmen als die Regelformen des außenpolitischen Handelns. Die thematische Diversität des Themenfeldes der deutsch-chinesischen Beziehungen ließe sich also möglicherweise verbessern, wenn man zwar nicht extrem attraktive, aber dennoch wichtige Routinefelder der deutsch-chinesischen Beziehungen (z.B. Entwicklungshilfezahlungen, europäisch-chinesischer Menschenrechtsdialog etc.) stärker gewichten würde.

Fragen des *Sozialen* und der *Sozialordnung* werden von den deutschen Medien nur sehr geringfügig beachtet. Hiermit liegt die China-Berichterstattung im Trend der Auslandsberichterstattung über andere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, deren soziale Entwicklungen ebenfalls wenig in den Medien abgebildet werden. Ein Primat des Politischen, zum Teil auch ein Primat des Wirtschaftlichen herrscht vor. Dies ist nicht nur an sich kritikwürdig, da die rapide vonstatten gehende Modernisierung Chinas gerade im sozialen Bereich unglaubliche Dynamiken entfaltet, die manchmal wichtiger erscheinen als Fragen der politischen Freiheit und der politischen Ordnung. Gerade aber dann, wenn man die Bereiche nicht gegeneinander aufrechnen möchte, müsste ein journalistischer Ansatz gefördert werden, der sich im Bereich der Innenpolitik nicht nur auf Fragen der Menschenrechte konzentriert, sondern das Soziale stärker hervorhebt. Freiheitsrechte ohne soziale Rechte: Ist das möglich?

Auf dem Sachgebiet *Wirtschaft und Finanzen* liegt erwartungsgemäß ein Schwerpunkt der Berichterstattung, durchschnittlich 14,8%. Dieser Wert liegt erheblich über den Durchschnittswerten etwa für die Nah- und Mittelostberichterstattung, vor allen Dingen, wenn man in Rechnung stellt, dass der Prozentanteil in Jahren, in denen Olympia und Tibet als Sonderereignisse wegfallen, noch deutlich höher sein wird. Zwischen den Medien lassen sich erwartbare Unterschiede erkennen, z.B. ein stärkerer Akzent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf der Wirtschaftsberichterstattung als bei manchem anderen Medium.

Bei näherer Betrachtung der Daten allerdings erkennt man rasch, dass das Interesse an der chinesischen Wirtschaft nicht ein Interesse an der chinesischen Wirtschaft per se ist, sondern dass es sich vor allen Dingen um die Bedeutung Chinas für die globale Wirtschaft speist. China als Absatzmarkt für deutsche Produkte, China als Standort für deutsche Direktinvestitionen, China als Investor im Westen und Chinas Rolle in der Finanzkrise: Das ist der Stoff, von dem die Wirtschaftsberichterstattung primär lebt. Die Binnenwirtschaft, insbesondere Sektoren ohne Bedeutung für globale Wirtschaft (z.B. der Agrarsektor?), mögen sie auch für mehr als 1,4 Milliarden Chinesen noch so wichtig sein, spielen für die deutschen Medien kaum eine Rolle. Die wirtschaftliche Zentralität Chinas für

die globale Wirtschaft und die Relevanz von Wirtschaftsnachrichten für deutsche und westliche Wirtschaftskräfte stehen im Vordergrund.

Der Anteil der Berichterstattungen über Fragen von *Umwelt und Gesundheit* erscheint zunächst mit 7,5% relativ hoch zu sein. Die intuitive Annahme wäre, dass China durch ein gewachsenes Bewusstsein im westlichen Journalismus für Umweltfragen möglicherweise auch in diesem Kontext stärker thematisiert wird. Bei näherer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass es sich um eine kombinierte Kategorie handelt, wobei nicht Fragen der Umweltverschmutzung und der Energie- bzw. Klimapolitik im Vordergrund stehen, sondern Fragen der Rohstoffpolitik, Lebensmittel- und Giftstoffskandale. Man könnte also geneigt sein zu behaupten, dass auch in der China-Berichterstattung die traditionelle Unterbelichtung von Umweltfragen eine Fortsetzung findet. Sinnvoll wäre eine Diskussion über die Frage, ob Chinas Umweltaktivitäten nicht einer stärkeren Würdigung wert wären.

Relativ ausgeprägt ist die Beachtung des Bereichs *Kultur*, der mit 9,2% einen im Vergleich mit der Auslandsberichterstattungen über andere Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hohen Stellenwert einnimmt. Beachtet werden sowohl Entwicklungen der Hoch- als auch der Alltagskultur. Im Interesse der Medien liegen scheinbar sowohl die historische als auch die zeitgenössische Kultur Chinas. Möglicherweise lässt sich im kulturellen Berichterstattungssektor am ehesten so etwas wie eine echte und nicht durch eigene Interessen getriebene Faszination an der modernen Entwicklung Chinas erkennen.

Insgesamt weist der Themenhaushalt der deutschen China-Berichterstattung auf ein Faktum hin, das später noch ausführlich diskutiert werden wird: Die Aufwertung Chinas in den deutschen Medien erfolgt nicht allein vor dem Hintergrund der Bewunderung und des Interesses für die Umbrüche in diesem großen Land, sondern es existiert eine egozentrierte Matrix, die die Beachtungsökonomie steuert. Ob es sich hierbei auch um ein Negativ- bzw. Feindbild Chinas handelt, hat die Studie zumindest im Bereich der thematischen Analyse nicht explizit aufzeigen können, denn eine Zuordnung der einzelnen Themen zu negativen Wertebereichen ist nicht durchgeführt worden. Es ist allerdings auch ohne solche eine Analyse zu erkennen, dass es thematische Strukturen gibt, die sich einer feindbildartigen Beachtungsökonomie zuordnen lassen, während andere Strukturen sich einer solchen Definition widersetzen. Die starke Beachtung des Tibet-Konflikts, die Konzentration auf die Beziehung zu Schurkenstaaten und die Kritik Chinas als Verletzer von Menschenrechten lassen China eher in einem negativen Bild erscheinen. Wesentliche Teile der Chinaberichterstattung allerdings, die Olympiaberichterstattung, weite Bereiche der Wirtschaftsberichterstattung oder die Kulturberichte wären nicht einfach in dieser Richtung zu verorten.

Autoren-/Quellenanalyse

Die deutschen Medien erbringen bei der China-Berichterstattung im Durchschnitt eine ungewöhnlich hohe Eigenleistung durch Redakteure und Korrespon-

denten. Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auch in anderen Weltregionen eine außergewöhnlich niedrige Rate bei der Verwendung von Nachrichten-agenturmateriale aufweist (um 20%), liegt der Agenturanteil bei Tageszeitungen wie der *Süddeutschen Zeitung* oder der *tageszeitung* im Bereich der Auslandsberichterstattung in der Regel um 50%, bei der China-Berichterstattung aber verringert er sich in beiden Medien stark. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass deutsche Medien heute die Berichterstattung über China hoch einschätzen und bereit sind, hierfür Ressourcen zu investieren. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass etwa im Vergleich zur Auslandsberichterstattung über Nordafrika sowie Nah- und Mittelost im Falle Chinas nur ein einziges Land betroffen ist, so dass die Daten nicht unmittelbar vergleichbar sind. Berichterstattung über einen gesamten Weltteil mit zahlreichen Ländern greift zwangsläufig in höherem Maße auf Nachrichtenagenturen zurück, da die Präsenz von Auslandskorrespondenten nicht einmal in allen Hauptstädten möglich erscheint.

Der hohe Eigenleistungsanteil könnte auch die ungewöhnlich gute Streuung der Berichterstattung über die verschiedenen Sachgebiete erklären, da insbesondere die Präsenz von Korrespondenten vor Ort die Berichterstattung über gesellschaftliche und kulturelle Fragen erleichtert. An dieser Stelle erweist sich deutlich, dass eine Investition in Ressourcen der Auslandsberichterstattung lohnend ist. Dabei sollte man allerdings auch im Blick behalten, dass eine hohe Eigenleistung nicht nur inhaltlich Diversität fördern kann, sondern es Medien auch erleichtert, Inhalte an die jeweilige weltanschauliche Ausrichtung des Mediums anzupassen. Aussagen darüber lassen sich jedoch erst bei einer näheren Diskussion der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse treffen.

2 Qualitative Inhaltsanalyse

Nachdem wir uns bisher vor allen Dingen mit der Frage beschäftigt haben, welche Themen von den Medien beachtet werden, steht jetzt das Problem im Vordergrund, wie die einzelnen Themen von den Medien bearbeitet worden sind. Pluralismus, Diversität und journalistische Qualität der Textgestaltung sind ebenso schwierig zu definieren wie die Qualität einer Beachtungsökonomie. Erneut muss man darauf hinweisen, dass Texte Konstrukte einer spezifischen Realitätsinterpretation sind, die in hohem Maße relative Meinungen widerspiegeln. Auf der anderen Seite ist das Konzept der »Objektivität« bei aller Kritik an seiner Nichterreichbarkeit nie ganz aus der journalistischen Ethik verschwunden, und das mit Recht, denn Annäherungen an die Frage der Objektivität sind im Journalismus durchaus möglich. Sieht man einmal von der philosophischen Position sogenannter radikaler Konstruktivistinnen ab, so basiert die journalistische Ethik, wie sie von den meisten europäischen und westlichen Journalistenverbänden heute gelehrt wird, auf zwei zentralen Säulen: Faktengenauigkeit und Pluralität von Meinungsbildern. Fakten lassen sich in der Regel als intersubjektive Annahmen von »richtig« und »falsch« recherchieren, verifizieren und erhärten.

Faktengenauigkeit und die Überprüfung von Ereignissen gehören daher zum A und O des seriösen Journalismus.

Schwieriger ist eine genaue Definition von «Pluralismus» im Bereich der Meinungsbildung, also die Frage der Kontextualisierung von Fakten. Zentral ist hier ein Nachdenken darüber, welche Meinungen zu einem Sachverhalt als legitim und bedeutsam eingeschätzt und für berichtenswert erachtet werden. Hierbei muss man etwa das Konzept der «politischen Ausgewogenheit», das im Wesentlichen darauf abzielt, die zentralen Positionen aus der politischen Arena zu versammeln, von weitergehenden Objektivierungsansprüchen unterscheiden. Die Darstellung aller in einer politischen Arena geäußerten Meinungen bedeutet nicht automatisch, dass dieses Meinungsbild auch Realitäten genau abbildet. Es stellt sich nicht nur die Frage, welchen Teil der weltweiten Politik man berücksichtigen möchte, sondern auch, ob das Meinungsbild politischer Eliten an sich hinreichend für Pluralität ist oder in welcher Weise es einer Erweiterung des Meinungsbildes durch Einbeziehung weiterführender gesellschaftlicher Positionen bedarf. Hier ist auch die Frage zu erwägen, welche Akteure eines Geschehens in der Berichterstattung repräsentiert sein sollten, welcher Sprachgebrauch und welche Metaphorik erforderlich sind, um die oberflächliche kognitive Ausgewogenheit eines Textes nicht durch emotionale Subtexte zu konterkarieren, und wie das Verhältnis von Bild und Text zu gestalten ist. Nicht selten sprechen Bilder im Journalismus eine andere Sprache als Texte, sie verändern die journalistische Botschaft.

Der deutsche Journalismus kennt zwei grundlegende Richtlinien für den Pluralismus, die sich auch im deutschen Medienrecht wiederfinden. Als Binnenpluralismus wird Pluralismus innerhalb der Berichterstattung eines Mediums bezeichnet; als Außenpluralismus der Pluralismus innerhalb einer Mediensparte (z.B. Tageszeitungen). Binnenpluralismus gilt im Bereich der politischen Berichterstattung als überwiegender Maßstab für den Radio- und Fernsehbereich, Außenpluralismus als Richtschnur für das private Zeitungswesen.

Faktengenauigkeit

Es lässt sich sicherlich kein generelles Urteil über mangelnde Faktengenauigkeit des deutschen Journalismus bei der China-Berichterstattung fällen, da die Berichterstattung ganz überwiegend unauffällig und korrekt agiert zu haben scheint. Dennoch muss man sich die Frage stellen, ob es nicht an einigen Stellen zu bisweilen gravierenden Verzerrungen von Faktenlagen gekommen ist. Die Studie von Richter und Gebauer hat hierzu mehrere Anhaltspunkte ermittelt. Im Fall der Tibet-Unruhen etwa gewichteten die *tageszeitung* und *Die ZEIT* den tibetischen Anteil an den Gewalttaten zumindest anfangs höher als andere Medien. Auffällig ist an dieser Stelle, dass lediglich die beiden Medien einen Korrespondenten vor Ort hatten, so dass andere Medien möglicherweise über die Geschehnisse vor Ort nicht völlig im Bilde waren. Aus meiner Sicht wäre es wichtig zu diskutieren, ob und inwieweit in dieser Situation von immerhin

weltpolitischer Bedeutung gerade in der Frühphase der Berichterstattung über die Tibet-Unruhen eine notwendige Transparenz geherrscht hat, die auch an den Rezipienten vermittelt worden ist. «Transparenz» bedeutet, dass man in einer Situation unübersichtlicher faktischer Tatbestände die Unsicherheit der eigenen Quellen auch an den Rezipienten weitervermittelt, um ihn vor vorschnellen Einschätzungen zu warnen.

In einem weiteren Fall beklagt der Forschungsbericht, dass es für die häufig berichteten 30.000 Internetpolizisten keine solide Quellenbasis gebe, und dass Journalisten in diesem Bereich häufig zu wenig zwischen der Androhung und der tatsächlichen Verhängung von Strafen unterschieden. Im Fall des *Deutsche-Welle*-Skandals haben vor allen Dingen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der *Focus* und die *Süddeutsche Zeitung* früh den Eindruck erzeugt, die chinesische Sparte der *Deutschen Welle* sei regimieorientiert. Wenn eine spätere Untersuchungskommission unter Leitung von Ulrich Wickert im Wesentlichen zu einer Entlastung der *Deutschen Welle* kam, so muss man die Frage stellen, ob hier nicht ungeprüft falsche oder ungenaue Fakten kolportiert wurden. Natürlich ist es richtig und weithin bekannt, dass selbst die Cheftage der *Deutschen Welle* nicht immer vollständige Kontrolle über die Berichterstattungen der zahlreichen fremdsprachlichen Sparten des eigenen Hauses hat und dass in der Vergangenheit etwa in der iranischen Rundfunkabteilung auch politische Propaganda betrieben worden ist. Auf der anderen Seite haben Untersuchungen etwa über das Nah- und Mittelostprogramm der *Deutschen Welle* ungeachtet zahlreicher ermittelter Probleme immer wieder die relative politische Neutralität des Senders gelobt.⁸

Ein recht zweifelhafter Umgang mit faktischer Genauigkeit scheint mir auch in einigen Beiträgen über chinesische Wirtschaftsspionage zu erkennen zu sein. Deutsche Geschäftsleute, deren Laptops in Hotelzimmern angezapft wurden, Unternehmer, denen Gleiches auf Tagungen geschehen ist oder chinesische Praktikanten, die Überstunden zu Spionagezwecken nutzten: Nicht selten sind hier Aussagen kolportiert worden, deren Überprüfung nicht erfolgt ist oder gar nicht möglich erscheint. Der Journalismus hat sich hier zum Teil recht einseitig auf Aussagen von deutscher Seite verlassen. Es bedürfte eines größeren investigativen Engagements, um hier Fakten zu sichern und dem Vorwurf zu entgehen, man verbreite leichtfertig eine negative Stimmung gegenüber China.

Meinungspluralismus

Im Folgenden soll die Frage der Diversität der Medieninhalte anhand der einzelnen in der Studie von Richter und Gebauer analysierten Fallstudien reflektiert werden.

Mit Blick auf die Berichterstattung über die Tibet-Unruhen kommen Richter und Gebauer zu dem Schluss, es habe insgesamt keine einheitliche Bewertung

⁸ Hafez et al. 2003.

der Ereignisse in den deutschen Medien gegeben. Dies ist ein Hinweis auf eine gewisse Pluralität im Gesamtbild der Berichterstattung, eine Pluralität, die in einzelnen Beiträgen durchaus außer Kraft gesetzt worden ist (siehe Beitrag Heberer), die aber insgesamt durchaus vorhanden gewesen zu sein scheint. Die These einer Verdrängung der tibetischen Kultur und Religion durch den chinesischen Zentralstaat ist in allen deutschen Medien sehr präsent gewesen, und diese Annahme ist auch das Hauptargument der Exilregierung um den Dalai Lama, der wiederholt von einem «kulturellen Genozid» gesprochen hat. Ebenfalls präsent war die Sichtweise, wonach die prekäre sozioökonomische Lage der tibetischen Bevölkerung zu den Ursachen der Aufstände zählte. Eine Tendenz der Kulturalisierung und Ethnisierung der Konfliktanalyse, wie sie in manchen anderen Bereichen der Auslandsberichterstattung immer wieder festzustellen ist (z.B. Afrika-Berichterstattung), ist in diesem Fall also offensichtlich bewusst vermieden worden. Richter und Gebauer sprechen davon, dass «in allen untersuchten Medien zumindest in Ansätzen auch weniger dominante Sichtweisen» einfließen. Dies ist insofern bedeutsam, als die Art der Ursachenanalyse hier ein Hinweis auf mögliche Lösungen des Tibet-Problems ist: Sozioökonomische Unterprivilegierung kann durch erfolgreiche Assimilation der Tibeter behoben werden; kulturelle Verdrängung hingegen erfordert mehr Autonomie und Eigenständigkeit, mithin das Gegenteil von Assimilation. Indem die Medien beide Ursachenkomplexe ins Spiel gebracht haben, haben sie also offensichtlich tatsächlich binnenplural agiert. Ob es allerdings noch andere zentrale Argumentationsmuster gibt, die die Medien nicht gewürdigt haben, wird in dem Bericht von Richter und Gebauer insofern nicht reflektiert, als ihre Aufgabe darin bestand, existierende Inhalte der Medien aufzuarbeiten und zu systematisieren.

In der Gesamtschau bleibt festzustellen: Angesichts der zahlreichen Minderheitenproblematiken in China (siehe Beitrag von Heberer) war die vehemente Thematisierung der Tibet-Unruhen Ausweis für eine konfliktorientierte Selektivität der Medienagenda vor den Olympischen Spielen; die Faktengenauigkeit gerade in der Frühphase der Berichterstattung steht stellenweise in Zweifel; die Inhalte der Tibet-Berichterstattung in den deutschen Medien aber waren im Ansatz divers.

Der Tiefenschnitt *Menschenrechte* hat deutlich gemacht, dass die Menschenrechtssituation in China heute ein zentrales Thema für konservative, liberale und linke Medien ist. Während Menschenrechte in früheren Jahrzehnten im linken und liberalen Sektor häufig größere Beachtung fanden als im konservativen Pressesektor, in dem Fragen der Staatsräson stärker gewichtet wurden, wird an dieser Stelle ein Trend zur Entideologisierung der Medien deutlich. Menschenrechtsverletzungen wie in China werden heute in den Medien unterschiedlicher weltanschaulicher Prägung kritisiert. Allerdings lassen sich Überbleibsel alter ideologischer Muster dort erkennen, wo etwa konservative deutsche Zeitungen gewisse Fortschritte im chinesischen Rechtssystem stärker beachten als andere. Insgesamt scheint sich aber eine Sichtweise durchgesetzt zu haben, wonach Menschenrechte als vorstaatliches Recht eine höhere Bedeu-

samkeit genießen als staatliche Interessen. Dass Menschenrechtsprobleme in China heute Gegenstand der Berichterstattung im gesamten Meinungsspektrum der deutschen Medien sind, lässt sich durchaus als Fortschritt im Bereich des Binnenpluralismus deutscher Medien betrachten. Erneut bestehen aus meiner Sicht Probleme weniger in der inhaltlichen Gestaltung des Themenfeldes als in der selektiven Hervorhebung der Thematik. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht nur gegenüber China geltend gemacht werden, sondern stärker auch gegenüber anderen Staaten (z.B. Tunesien), um sich nicht des Vorwurfs der Funktionalisierung des Menschenrechtsdiskurses auszusetzen, die im Westen seit der Kolonialzeit durchaus eine längere Tradition hat.⁹

Der Tiefenschnitt zu den *deutsch-chinesischen Beziehungen* hat ebenfalls ergeben, dass deutsche Medien sich heute nicht mehr zwangsläufig auf bestimmte ideologische oder politische Richtungen festlegen lassen. Gerade der Besuch des Dalai Lama bei Kanzlerin Merkel wurde in allen Medien recht kontrovers diskutiert, auch wenn im Kommentarbereich die konservativen Zeitungen, anders als ihre linken und liberalen Pendants, Frau Merkel einhellig gegen Kritik verteidigten. Ein anderer Aspekt allerdings scheint mir mit Blick auf die Frage des Pluralismus bemerkenswerter: die von Richter und Gebauer monierte starke Orientierung der Medien am politischen Schlagabtausch um den Besuch des Dalai Lama. Die Autoren beklagen eine «geringe Autonomie gegenüber der durch Parteipolitik und Diplomatie vorgegebenen Gewichtung außenpolitischer Ereignisse». Der sogenannte «Zitate-Journalismus», auf den die Autoren verweisen, kennzeichnet ein beschränktes Verständnis journalistischer Objektivität, das vor allem bestrebt ist, politischen Akteuren in den Medien größtmöglichen Raum zu geben. Natürlich ist die Vermittlung politischer Positionen alternativlos, dennoch sollte sich der Journalismus nicht von den Einschätzungen von Politikern abhängig machen. Mögliche Schieflagen politischer Debatten, die allzu oft von egoistischen Motiven von Politikern und Parteien getragen sind, müssen durch die Hintergrundanalysen vertieft und wenn nötig argumentativ erweitert werden. Es geht darum, nicht nur die in einem Konflikt geäußerten Meinungen zu kolportieren, sondern Informations- und Meinungsvielfalt an der Sache selbst zu messen. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabe eines Journalismus, der sich um die Meinungsbildung der Bürger bemüht. Natürlich gilt, was Elisabeth Noelle-Neumann in den 1990er Jahren über den Mangel an außenpolitischen Debatten in Deutschland sagte, auch heute noch, und insofern ist es im Nachhinein zu begrüßen, dass die deutschen Medien die Diskussion über den Dalai Lama-Besuch auch abbildeten. Nach der Lektüre der Studie von Richter und Gebauer stellt sich allerdings die Frage, ob die Medien in gleicher Weise ihrer Aufgabe gerecht wurden, die Debatte zu kontextualisieren, sie zu systematisieren und zu ordnen, wofür es unter anderem einer Einführung in außenpolitische Konfliktstrategien bedurft hätte (Konfrontation oder Entspannungspolitik

etc.). Nur in einem solchen Kontext sind Sinn und Unsinn der Ereignisse sinnvoll zu verorten.

Der Tiefenschnitt zu den *chinesisch-afrikanischen Beziehungen* zeigt, dass China als Ausbeuter und Freund von Diktatoren in vielen Medien präsent ist. Lassen wir einmal die Frage außen vor, ob China nicht auch einen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung afrikanischer Staaten leistet (s. Beitrag von Heberer), so ist es sicherlich richtig festzustellen, dass China in Afrika häufig engen Umgang mit despotischen Regimes pflegt, um seine Interessen durchzusetzen. An dieser kaum zu bestreitenden Faktenlage kann man nicht aussetzen, dass sie in deutschen Medien transportiert wird. Der Fall Darfur/Sudan macht zudem deutlich, dass Kontakte zu China häufig für menschenrechtsfeindliche Regimes eine Art letzter Ausweg der autoritären Stabilisierung darstellen. Problematisch ist nicht die Berichterstattung über diese Fakten, sondern der in vielen Medien zumindest indirekt erzeugte Eindruck, bei China handele es sich um einen besonders skrupellosen Fall eines internationalen Akteurs und einer aufstrebenden Weltmacht, die quasi über Leichen ginge, indem sie insbesondere den Rückzug des Westens aus den sogenannten Schurkenstaaten ausnutzt, um ihre Ressourceninteressen zu wahren. Hier rächt sich aus meiner Sicht, dass die meisten deutschen Medien gegenüber den konservativen und bisweilen reaktionären Tendenzen westlicher Außenpolitik in der Regel viel zu gleichgültig sind. Dass die USA, Europa und auch Deutschland letztlich ähnlich enge Beziehungen zu vielen Diktatoren weltweit pflegen (Saudi-Arabien, Tunesien, Jordanien, die Liste ist lang) und dass Debatten über Menschenrechtslagen in diesen Ländern in den Medien gelegentlich recht willkürlich aktualisiert oder eben auch ignoriert werden, ist die eigentliche Problematik der Berichterstattung über Chinas Aktivitäten in Afrika. Um es auf den Punkt zu bringen: Die USA, Frankreich und auch der Rest Europas agieren in Afrika nicht zwangsläufig moralischer als China. Deutsche Unternehmen, insbesondere deutsche Waffenlieferanten, kümmern sich wenig um menschenrechtliche Verhältnisse. Westliche Demokratien mögen im Inneren relativ friedfertig sein, im Bereich der Außenpolitik und der Außenwirtschaft sind sie es mitnichten. Bei der Frage, ob über das chinesische Engagement in Afrika pluralistisch berichtet wird, wäre also zu überlegen, ob zu der erforderlichen Kritik an China nicht auch ein höheres Maß an Selbstkritik gehören würde. Die Afrika-Berichterstattung erscheint mir ein Beispiel dafür zu sein, dass systemkritische Perspektiven, die auch gegenüber westlichem außenpolitischen Handeln noch in den 1970er Jahren und während des Kalten Krieges ausgeprägt auch in den Medien vorhanden waren, nach der Wende von 1989 weitgehend verschwunden sind. Grundsatzkritik an westlicher Außen- und Militärpolitik wird zwar noch gegenüber einzelnen Akteuren (George W. Bush), nicht aber am westlichen politischen System insgesamt geäußert. In der Studie von Richter und Gebauer wird Bundespräsident Horst Köhler mit einem ähnlichen Vorwurf gegenüber der westlichen Arroganz in diesem Bereich zitiert. Strukturfragen der internationalen Politik werden viel zu wenig beachtet, was bei

allem Lob der Entideologisierung von Medien durchaus auch einer der Nachteile dieser Tendenz sein kann.

Beim Fallbeispiel *Umwelt* kommen Richter und Gebauer zum Befund einer negativen Grundtendenz der deutschen Berichterstattung gegenüber China. Im Vordergrund steht die Kritik an China als «Umweltverschmutzer Nummer 1», während nur wenige Beiträge Fortschritte in der chinesischen Umweltpolitik würdigen. Ist man intuitiv geneigt, dieses Beispiel erneut als Ausweis einer gewissen negativen Tendenz gegenüber China zu betrachten – China ist zwar in manchen Bereichen heute tatsächlich der größte Umweltverschmutzer, allerdings liegt die Pro-Kopf-Umweltverschmutzung der Chinesen weit unter der des durchschnittlichen Europäers und Amerikaners –, so stellt sich mir allerdings die Frage nach den exakten Maßstäben für die Beurteilung einer pluralistischen Berichterstattung. Wäre eine Mischung aus Kritik und Lob Chinas im Bereich der Umweltpolitik pluralistischer? «Ja», wenn man Ausgewogenheit als Mischung von Fremdkritik und Selbstdarstellung der chinesischen Regierung betrachtet. «Ebenfalls ja», wenn man die Gleichzeitigkeit von Umweltzerstörung und derzeit praktizierter Umweltpolitik für das Maß der Dinge hält. «Eindeutig nein», wenn man eine radikalere Deutung von Umweltproblemen verfolgt, wonach das heute in allen Staaten praktizierte kapitalistische Wachstumsmodell die Umwelt zerstört. Vor diesem Hintergrund sind die derzeitigen Umweltsanftengungen aller Staaten viel zu gering (Stichwort Kopenhagen-Gipfel). Demnach wäre auch eine überwiegende Kritik an einem Land wie China, das im Zuge seiner nachholenden Entwicklung immer stärker die Umwelt belastet, durchaus «objektiv». Allerdings stellt sich auch hier die Frage, ob westliche Umweltzerstörung in gleichem Maße kritisiert wird. Anders als im Bereich der aus meiner Sicht zu wenig kritisierten Strukturen der internationalen Politik und der westlichen Außenpolitik kann man in den letzten Jahren sehr wohl eine gesteigerte Kritik an westlicher Umwelt- und Klimapolitik in den Medien erkennen, so dass auch hier die Balance gewahrt wäre. Zu untersuchen wäre allerdings, inwieweit sich in diesem Punkt nicht doch noch Richtungsunterschiede innerhalb der Medien bemerkbar machen: Radikale Kritik an kapitalistischer Wachstumsideologie findet sich überwiegend in linken Medien, weniger aber in konservativen. Von diesem Gesamtbild aber hängt aus meiner Sicht auch die Bewertung der Berichterstattung über chinesische Umweltzerstörung in deutschen Medien ab.

Repräsentanz

Die Repräsentation von gesellschaftlichen Akteuren ist ein wichtiger Indikator für Pluralismus in den Medien. Die Studie von Richter und Gebauer bemängelt, dass etwa im Bereich der Menschenrechte lediglich ein kleiner Kreis von chinesischen Dissidenten und Aktivisten, zu denen die Medien oft individuelle Kontakte pflegen, das Medienbild prägt. Die Autoren sprechen von einem «recht eingeschränkten Quellenzugang» und von der Gefahr einer «gewissen Voreingenommenheit», die hierdurch entstehen könnten. Die chinesische staat-

liche Perspektive hingegen sei unterrepräsentiert. Ist Pluralismus demnach, wenn man zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren bei Problemen der Menschenrechte gleichen Raum gibt? Es ist aus meiner Sicht ohne Zweifel so, dass der Staat und das chinesische politische System insgesamt besser analysiert werden müssen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass in einzelnen Themenfeldern nicht auch ein anwaltschaftlicher Journalismusansatz einer stärkeren Präsentation von marginalisierten Gruppen oder Minderheiten legitim sein kann. Wenn man Menschenrechte als vorstaatliches Gut betrachtet, so ist es, wie oben bereits erwähnt, schwierig, Staat und Bürger als gleichberechtigte Repräsentanten eines Diskurses zu betrachten. Opfer-Täter-Beziehungen können nicht beliebig gedeutet werden, da sie im Grunde klar sind: Der Staat unterdrückt, Menschen werden unterdrückt, nicht umgekehrt. Die Herausforderung für den Journalismus liegt also darin, offiziöse Menschenrechtsverklärungen in die Medien zu heben.

Eine andere Frage allerdings ist, ob die in deutschen Medien präsentierten Aktivisten und Dissidenten in jedem Fall legitime Repräsentanten der Opfer sind. Auch deutsche Journalisten haben bereits eingeräumt, dass beim Thema China immer derselbe kleine Kreis von Dissidenten in deutschen Medien auftaucht.¹⁰ Also liegt eine mögliche Verzerrung deutscher China-Berichterstattung möglicherweise nicht darin, staatliche Stimmen im Bereich der Menschenrechtsdebatte verschwiegen, sondern «die falschen Dissidenten» gesucht zu haben? Fragen dieser Art müssen diskutiert werden, denn dass solche Tendenzen gefährlich sein können, hat der Fall Ahmed Chalabi vor dem Irakkrieg gezeigt: ein irakischer Oppositioneller, der, wie sich nicht erst im Nachhinein herausgestellt hat, persönliche Interessen verfolgte und von der US-Regierung für die Rechtfertigung des Irak-Krieges instrumentalisiert wurde. Die Studie von Richter und Gebauer hat keinen parallelen Fall für China aufdecken können, aber sie verweist im Grunde prophylaktisch auf mögliche Voreingenommenheiten, die aus einer Konstellation entstehen können, wobei ein sehr begrenzter Kreis von Dissidenten eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden Chinesen repräsentiert.

Die Fallbeispiele der *deutsch-chinesischen Beziehungen* und der *globalen Wirtschaft* zeigen, dass die im statistischen Durchschnitt im Grunde recht ausgewogene Streuung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der deutschen China-Berichterstattung bei einzelnen Themen doch sehr asymmetrisch sein kann. In der Auseinandersetzung über deutsch-chinesische Beziehungen, so sagt die Studie, waren fast nur deutsche Akteure präsent. Ähnliches war zum Teil bei der Berichterstattung über deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen zu beobachten. Eine außenpolitische oder außenwirtschaftliche Berichterstattung aber, in der man wenig über chinesische Akteure, ihre

¹⁰ Vgl. die Äußerungen von Stefan Niemann (ARD) anlässlich der Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung «Nachrichten aus dem Reich des Bösen? Das China-Bild deutscher Medien», Frankfurter Buchmesse, Frankfurt 14. Oktober 2009.

Handlungsmotive, Strategien etc. erfährt, kann man wohl als unausgewogen betrachten.

3 Entstehungsbedingungen der China-Berichterstattung

Theoretisch unterscheidet man mehrere Einflussgrößen, die auf die Auslandsberichterstattung wirken können. Das vielleicht umfassendste Konzept hat der Autor selbst in seiner «Theorie internationaler und interkultureller Darstellungsprozesse in den Massenmedien» dargelegt.¹¹ Die Studie von Richter und Gebauer lehnt sich an dieses Konzept an, wenngleich nicht alle dort genannten Prozesse berücksichtigt werden. Insgesamt wird man ohnehin sagen müssen, dass der Schwerpunkt der Studie von Richter und Gebauer auf der – beeindruckenden – Inhaltsanalyse deutscher Medien liegt, während die Untersuchung zu den Entstehungsbedingungen dieser Inhalte aus forschungsökonomischen Gründen eher nachgeordnet und ergänzend ist. Richter und Gebauer ging es bei den Interviews im Wesentlichen darum, den wichtigsten Autoren der China-Berichterstattung die Möglichkeit zur Selbsterklärung zu bieten. Die Befragung wurde nicht mit anderen Methoden, etwa der teilnehmenden Beobachtung, kombiniert, was wichtig wäre, um mediale Produktionsprozesse zu beleuchten. Ein solcher Methodenmix aber hätte den Finanz- und Zeitrahmen des Projekts gesprengt.

Entstehungsbedingungen der Auslandsberichterstattung lassen sich auf drei Ebenen ansiedeln: der Mikro-Ebene des Einflusses einzelner Journalisten, der Meso-Ebene, die a) die Medienorganisation und die Redaktion als organisiertes Sozialsystem und b) das weitere Mediensystem beleuchtet (vor allen Dingen Nachrichtenagenturen und innerjournalistische Meinungsführerschaften) sowie der Makro-Ebene, auf der Wechselbeziehungen zwischen Medien und Gesellschaft (also Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) untersucht werden. Im Folgenden werden vor allem Einflussfaktoren auf der Makro- sowie auf der Meso-Ebene herausgearbeitet und kommentiert.

Makro-Ebene

Die befragten Journalisten – China-Korrespondenten sowie andere Fachredakteure deutscher Medien – haben einhellig hervorgehoben, dass die Medienbeachtung Chinas in den letzten Jahren aufgrund der gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Landes zugenommen hat. Diesen Aussagen liegt allerdings ein journalistisches Verständnis zugrunde, über das man diskutieren kann. Im deutschen Journalismus herrscht offensichtlich die Idee vor, Auslandsberichterstattung habe die Aufgabe, vor allem über Sachverhalte zu berichten, die von grenzüberschreitender globaler oder zumindest internationaler Bedeutung sind. Damit wird die Bedeutsamkeit der Nachrichtenfaktoren

¹¹ Hafez 2002a.

«Relevanz» sowie «politische» und «ökonomische Zentralität» besonders hervor-
gehoben. Diese Einschätzung scheint zwar intuitiv plausibel zu sein, sie ori-
entiert sich aber an einem sehr reduzierten journalistischen Verständnis, das in
hohem Maße Nachrichteninteressen des Heimatlandes zu befriedigen sucht.
Aus meiner Sicht wäre es aber ebenso wichtig, die Relevanz von Nachrichten für
das «Entsenderland» (hier: China) stärker in den Vordergrund zu rücken. In der
modernen («globalen») Wissensgesellschaft wäre es an der Zeit, ethnozentrische
und eurozentrische Sichtweisen zu überwinden oder zumindest zu relativieren.
China wäre demnach nicht nur deswegen wichtig, weil es für «uns» wichtig ist,
sondern weil es ein großes Land mit einer enormen Dynamik ist. Die Welt ist zu
klein, um nichts über China wissen zu können, und zwar auch dort, wo China
gerade einmal keine für globale Nachrichtenlagen relevanten Informationen
erzeugt. Nach dieser Logik verschwinden nämlich viele Themenbereiche des
Geschehens in China, die keine globalen Interessen befriedigen, weitgehend von
der Medienlandkarte.

Insgesamt hat man bei den Aussagen der Journalisten durchaus den Eindruck,
dass gerade die Korrespondenten diese wichtige Duplizität der Standards verin-
nerlicht haben, aber dass viele Journalisten im Hinblick auf das organisatori-
sche Interesse ihrer Heimatmedien doch vor allen Dingen auf die globale Rolle
Chinas eingehen. Theoretisch ist dies überhaupt nicht verwunderlich, denn auf
der Makro-Ebene richten sich die Beobachtungsinteressen der Medien vor allen
Dingen auf die sie umgebenen systemischen Einflüsse, und hier ist es eben doch
so, dass Medien Anpassungsleistungen an politische, wirtschaftliche und gesell-
schaftliche Anforderungen in ihren Heimatländern vornehmen. Die Vorstel-
lung von der grenzenlosen Autonomie der Medien, die völlig selbstbestimmt
agieren, war immer schon eine Illusion. Erst die Veränderung in der heimatti-
chen Medienumwelt, in der China vor allen Dingen im wirtschaftlichen Bereich
eine wachsende Rolle für Deutschland und den Westen zugewiesen wird, hat die
mediale Aufmerksamkeit mit Blick auf China deutlich erhöht. Dass dabei natür-
lich die Komplexität der innerchinesischen Verhältnisse aus dem Blick geraten
kann, weil nicht alles aus deutscher Sicht relevant erscheint, liegt auf der Hand.
Gerade die genauere Untersuchung der Themenanalyse hat dieses hohe Maß an
Eigeninteresse im Chinabild deutscher Medien meines Erachtens sehr deutlich
gemacht. Ob eine derartig starke Orientierung an eigenen thematischen Präfe-
renzen nicht aber zu einer sehr selektiven Wahrnehmung Chinas führt, wäre in
Zukunft aus meiner Sicht mit Nachdruck zu diskutieren.

Das Fallbeispiel der deutsch-chinesischen Beziehung allerdings zeigt meiner
Meinung nach, dass man sich Umwelteinflüsse auf Medien nicht so vorstellen
darf, dass etwa die deutsche Regierung direkt versucht, die Ausrichtung deutscher
Medien zu diktieren (so etwas gelingt in Demokratien allenfalls in Ausnahme-
situationen wie Kriegszeiten). Gerade der Streit um den Besuch des Dalai Lama im
Jahr 2008 hat gezeigt, dass deutsche Medien durchaus in der Lage sind, demokra-
tische Vielfalt in den Medien abzubilden. Auch wenn oben kritisiert worden ist,
dass sich das deutsche politische System in der Dalai Lama-Debatte sehr «breit»

gemacht hat, so ist dennoch zu erkennen, dass sich die Medien nicht von der
Regierung vor den Karren spannen ließen, sondern allenfalls von der Gesamtheit
der deutschen politischen Elite. Um die Autonomie des Journalismus gegenüber
dem politischen System auch in solchen Fällen zu stärken, wäre es, wie oben
schon betont worden ist, wichtig, die analytische Eigenständigkeit der Medien
zu stärken.

Autonomie kann der Journalismus auch dadurch gewinnen, dass er nicht
nur die politische Elite, sondern andere öffentliche Meinungsführer stärker ins
Bild hebt. Hier ist neben den Aktivisten der Auslandsopposition, die im Falle
Chinas und Tibets eine gewisse Rolle spielen, auf das gesamte Feld der wissen-
schaftlichen China-Expertise in Deutschland zu verweisen. Richter und Gebauer
kommen in ihrer Studie zwar zu dem Ergebnis, dass externe Autoren Eingang in
die Medien gefunden haben, allerdings mit einem relativ geringen Prozentsatz,
wobei mir insbesondere der Anteil der wissenschaftlichen Expertise steigerbar
zu sein scheint.

Meso-Ebene

Sucht man nach Entstehungsbedingungen der China-Berichterstattung im
Inneren der Medienorganisationen, so erzeugen die Aussagen der Journalisten
den Eindruck, als gäbe es durchaus unterschiedliche redaktionelle Kulturen,
die das Endprodukt beeinflussen. Einen positiven Einfluss auf die Berichterstat-
tung etwa scheint der Ansatz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu haben, vor
allen Dingen zur «politischen Bildung» beitragen zu wollen. Der entsprechende
Journalist der Zeitung grenzt sich dezidiert von einem hektischen und zu stark
aktualitätsorientierten Nachrichtenbegriff ab. In mehreren (nicht in allen!)
Fällen wurde gerade der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* von der Studie von
Richter und Gebauer ein besonders hohes Maß an Binnenpluralität bescheinigt,
was darauf hinweisen könnte, dass das Konzept der politischen Bildung hier
durchaus aufgeht.

Zugleich ist die linksalternative *tageszeitung*, die einen «humanistischen,
humanitären, vielleicht auch menschen- oder bürgerrechtlichen» Ansatz pflegt,
mit dieser Intention nicht mehr allein. Menschenrechtsthemen sind in der China-
Berichterstattung generell in allen Medien hoch angesiedelt, sie machen weite
Teile der politischen Berichterstattung aus. Hier zeigt sich, dass sich journalisti-
sche Blattlinien heute medienübergreifend immer mehr annähern und allenfalls
Akzentuierungen für einzelne Medien übrigbleiben.

Über solche redaktionellen Rollenvorstellungen hinaus hat sich das Projekt
von Richter und Gebauer um die Klärung unterschiedlicher Organisationspro-
zesse bemüht, die die Berichterstattungslage beeinflussen können. Manche
Fragen allerdings konnten nicht beantwortet werden, z.B.: Wie kommt es zu dem
großen Eigenanteil der Berichterstattung? Wieso sind China-Korrespondenten
in einigen Themenfeldern (z.B. Wirtschaftsberichterstattung) weniger präsent
als in anderen? Welchen Einfluss üben Verlage und Anstaltsleitungen aus? Auch

erfährt man wenig über die Beziehung der Medienorganisationen zum weiteren Mediensystem, also etwa über die Rolle von Nachrichtenagenturen oder inner-journalistische Meinungsführerschaften.

Eine markante Ausnahme allerdings sind die interessanten Ausführungen über das Verhältnis der Korrespondenten zu chinesischen Quellen vor Ort. Die Studie macht deutlich, dass das von vielen Journalisten in der China-Berichterstattung immer wieder bediente Argument, man könne wegen der restriktiven chinesischen Informationspolitik nicht besser berichten, stark relativiert werden muss. Für deutsche Korrespondenten ist es bisweilen erstaunlich, wie zugänglich chinesische Quellen in Staat und Gesellschaft heute schon sein können. Zwar existieren immer noch zahlreiche Ausnahmen, die oft schwer prognostizierbar sind, und hier stehen Journalisten tatsächlich vor einer Mauer des Schweigens. Aber in vielen anderen auch sensiblen Themenbereichen ist dies nicht mehr der Fall. Die Modernisierung Chinas hat also offensichtlich auch bereits die Meinungsfreiheit und Meinungsfreudigkeit der chinesischen Gesellschaft erfasst. Zumindest implizit kritisieren einige deutsche Korrespondenten, dass manche deutsche Kollegen die heute bereits existierenden Möglichkeiten der Quellensuche zu wenig nutzen.

Wendet man sich den innerredaktionellen Prozessen zu, so geht man wohl nicht fehl mit der Feststellung, dass deutsche China-Journalisten ganz überwiegend ein harmonisches Bild zeichnen. Konflikte zwischen Mitarbeitern werden kaum geschildert, gerade Korrespondenten und Zentralredaktionen scheinen ein partnerschaftliches Verhältnis der kollegialen Aushandlung inhaltlicher Präferenzen zu pflegen. Dies ist insofern wenig verwunderlich, als der Journalismus zwar prinzipiell von individuellen Freiheiten lebt, dabei aber keine klassische «freie Profession» ist, da Journalismus zugleich als eine Industrie zu verstehen ist. Um Fernsehen und Presse zu produzieren, bedarf es großer Ressourcen und großen Kapitals, was die Organisationskräfte des Journalismus ins Spiel bringt, was wiederum bedeutet, dass ein hohes Maß an Vertrautheit mit den Anforderungen der Organisationen und an interner Voranpassung der Mitarbeiter vorhanden sein muss, damit das Metier reibungslos funktioniert. Was Journalisten daher auch in den Gesprächen mit Richter und Gebauer als Freiheit und Unabhängigkeit deklarieren, ist in Wahrheit oft eine *relative* Bewegungsfreiheit in einem Rahmen, der von Hierarchien, Ressourcen und anderen Organisationspräferenzen geprägt ist, nur dass diese nicht mehr immer als solche wahrgenommen werden, weil sie im Zuge der beruflichen Sozialisation erlernt und verinnerlicht worden sind.

Nur an wenigen Stellen flackert das mögliche Konfliktpotential auf, dass aus diesen Konstellationen entstehen kann, etwa wenn eine Journalistin äußert, dass aus ihrer Sicht nicht die Voreingenommenheit der China-Korrespondenten vor Ort, aber gelegentlich die inhaltlichen Präferenzen der Heimatredaktionen einen besonders kritischen Umgang mit China vorgeben. Die Tatsache, dass drei Viertel der in der Studie erfassten Beiträge nicht von Korrespondenten, sondern von Redaktionen (und Nachrichtenagenturen) erzeugt werden, zeigt, wie hoch

das Steuerungspotential der Heimatredaktionen auch im einem scheinbaren Spezialistenfeld wie der China-Berichterstattung ist.

Die relative Stärkung der Zentralredaktionen gegenüber den Korrespondentenplätzen wird heute mancherorts als Trend der Auslandsberichterstattung beobachtet. Hintergründe sind Rationalisierungsbedürfnisse ebenso wie die angebliche «Ersetzbarkeit» des Korrespondenten im Zeitalter des Internets. Im Falle Chinas allerdings kann man augenscheinlich weniger von einem Rückbau von Korrespondentenplätzen als vielmehr von einer durch die China-Konjunktur ermöglichten Bestandserhaltung sprechen. Dennoch zeigt sich auch in diesem Bereich, dass die Vorstellung, Auslandsberichterstattung werde von Auslandskorrespondenten gemacht, eine laienhafte Verkürzung ist. Die China-Berichterstattung lebt, wie auch andere Teile der Auslandsberichterstattung, von sehr komplexen Informationsflüssen und Verarbeitungsprozessen, wobei viele Berichte und Analysen an deutschen Schreibtischen entstehen. Es ist durchaus nicht so, dass diese Berichte deswegen weniger authentisch sein müssen. Auslandsjournalisten ebenso wie Feldforscher wissen, dass man vor Ort oft «den Wald vor lauter Bäumen» nicht mehr erkennt. Gerade die enorme Größe Chinas führt sicherlich dazu, dass manch eine deutsche Zentralredaktion über Geschehnisse in der chinesischen Provinz oft schneller oder gar besser informiert ist als der eigene Korrespondent in Peking. Zugleich aber lassen sich manche Probleme der China-Berichterstattung, wie die Journalisten selbst erkennen, gelegentlich auch mit der Distanz vieler Journalisten zum Geschehen erklären, etwa die egozentrierte Themenmatrix, mangelnde Faktengenauigkeit oder eine zu starke Berücksichtigung westlicher Akteure in manchem Themenfeld.

Die starke Stellung der Zentralredaktionen macht sich auch in einer entsprechenden Organisationsstruktur bemerkbar, wobei deutsche überregionale Printmedien in der Regel (noch) Asienredakteure haben, die die Arbeit der Korrespondenten koordinieren und eigene Beiträge liefern. Diese Spezialisierung der Ressorts wird gerade im Printbereich von den Journalisten gelobt; beim Fernsehen ist sie schon wegen des Mangels an Platzkapazitäten für Auslandscontent und wegen des dort vorherrschenden «Sendungsprinzips» (anstelle des Ressortprinzips) nicht einführbar. Vor einem unter Kostendruck drohenden Ersatz der Asienredakteure durch Generalisten im politischen Ressort wird gewarnt, weil dies die Qualität der Berichterstattung gefährde.

Was die internen Hierarchien angeht, so äußern Korrespondenten überwiegend, dass sie sich mit ihren Themeninteressen durchsetzen können. Sieht man von der vielleicht zu wenig reflektierten Thematik der Voranpassung an Medienbedürfnisse einmal ab (s.o.): Insgesamt entsteht der Eindruck, als werde China-Berichterstattung im kollegialen Gleichklang von Asienredakteuren und Korrespondenten unter Hinzuziehung von Agenturmaterial und, zumindest gelegentlich, externen Autoren bewältigt. In einzelnen Bereichen ist dies aber durchaus anders. Bei eigenständigen Kommentaren macht sich der Einfluss von Ressortleitern und Chefredaktionen stärker bemerkbar als in den weiteren China-Berichten. Hier dominieren nach Aussagen von Journalisten nicht selten informell

oder formal höherrangige Journalisten, die «Denker» eines Mediums, wie dies ein Journalist genannt hat. Hier werden die großen Kommentierungslinien geprägt, und dies geschieht, wenn man die Studie von Richter und Gebauer zu Rate zieht, je nach Fall, mehr oder weniger ausgewogen. Auch in der China-Berichterstattung ist also ein Zweiklassensystem erkennbar, wobei unter Umständen, wie sich dies in anderen Bereichen der Auslandsberichterstattung bereits erwiesen hat, gerade in Krisen- und Ausnahmesituationen einseitige Leitartikel und Kommentare auf die öffentliche Meinungslage durchschlagen können.

Allerdings erweist sich die Studie von Richter und Gebauer nicht als geeignetes Mittel, um derlei Prozesse zu studieren. Die China-Berichterstattung des Jahres 2008 war insofern außergewöhnlich, als sie *grosso modo* wohl als eine einzige lang anhaltende Ausnahmesituation gekennzeichnet werden kann. Diese Situation zu erforschen, hatte seinen Charme, denn sie hat Debatten erzeugt, Stimmen gebündelt und Sichtweisen artikuliert, die in «Normalzeiten» nicht ohne Weiteres zum Vorschein kommen. Zugleich allerdings war die Ausnahmesituation zu umfassend, als dass sie sich von wenigen führenden Leitartiklern und Kommentatoren letztlich hätte steuern lassen. Insofern war 2008 durchaus ein günstiges Jahr für die China-Spezialisten im deutschen Journalismus, vergleichbar wohl nur mit der Rolle, die Nahostjournalisten nach den Attentaten von 9/11 spielten.

Fazit

Diese Ausgangslage mag auch erklären, warum die Schief lagen der China-Berichterstattung eher in der grundsätzlichen Anlage der Beachtungsökonomie und in dem klar erkennbaren, oft übertriebenen Selbstbezug und Konfliktorientierung der Themenpräferenzen zu finden waren als in den Mediendiskursen selbst – sieht man einmal von gelegentlichen Problemen im Umgang mit Fakten, einer nicht immer ausgewogenen Akteurskomposition und manchen Schief lagen bei der Bewertung Chinas ab (z.B. mangelnde Verortung der chinesischen Außenpolitik vor dem Hintergrund westlicher Politik). Dass zu Selbstgefälligkeit dennoch kein Anlass besteht, zeigt sich darin, dass die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Zustand der China-Berichterstattung bei den Journalisten selbst sehr unterschiedlich ausfällt. Ist das Glas halb voll oder ist es halb leer? Journalisten haben gegen Ende der Studie von Richter und Gebauer geradezu widersprüchliche Antworten parat. Für manche Journalisten herrscht Ausgewogenheit vor, andere kritisieren die zu negative Prägung des Chinabildes und machen hierfür die zu stark an deutschen Interessen orientierte Politik der Heimatredaktionen verantwortlich. Vielleicht ist manches ambivalente Selbstbild der Zunft ein Beleg dafür, dass über die Frage der «Pluralität» in der China-Berichterstattung nachdrücklicher als bislang gestritten werden muss. Was Diversität in den Medien bedeutet, darüber gibt es nur in Teilen einen Konsens. Oft ist die Frage nur theorieabhängig zu beantworten. Eines aber scheint klar: Sie muss reflektiert werden.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTENREIHE ZU BILDUNG UND KULTUR
BAND 5

Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien

Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer
Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien
Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer
Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez

Band 5 der Reihe Bildung und Kultur
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
© Heinrich-Böll-Stiftung 2010
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)
Titel-Photo: dpa
Druck: agit-druck

ISBN 978-3-86928-036-3

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T +49 30 28534-0 F +49 30 28534-109 E info@boell.de W www.boell.de